

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrats von Zürich

vom 2. Oktober 2013

916.

Schriftliche Anfrage von Marcel Savarioud und Jean-Daniel Strub betreffend Grünabfuhr, Preisstruktur sowie Entwicklung der Anzahl Abonnemente

Am 3. Juli 2013 reichten Gemeinderäte Marcel Savarioud (SP) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP) folgende Schriftliche Anfrage, GR Nr. 2013/260, ein:

Besitzerinnen und Besitzer eines Gartens konnten bis Ende 2012 mittels eines Gartenabos zum Preis von 43 Fr./Jahr ihren Gartenabfall umweltgerecht entsorgen. Seit Anfang 2013 können Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher nicht nur Gartenabfälle entsorgen, sondern neu auch Rüstabfälle und Speisereste wie Pouletknochen, Eierschalen oder Spaghetti. Das kostet sie einiges mehr als das bisherige Gartenabo, nämlich zwischen 180 bis 790 Franken im Jahr. Beim Preisüberwacher sind wegen des Preisaufschlages diverse Beschwerden von unzufriedenen Besitzerinnen und Besitzern des alten Gartenabos eingetroffen.

Aus dem gesammelten Bioabfall wird in einem eigens von der Stadt Zürich erstellten Kraftwerk bei der Kläranlage Werdhölzli Biogas gewonnen, das danach ins Netz von Erdgas Zürich eingespeist wird.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie stellt sich der Stadtrat zur Stellungnahme des Preisüberwachers zu diesem Preisaufschlag?
2. Der Preisüberwacher schlägt eine konsumentenfreundliche Lösung vor, die darin bestehen würde, den Haushalten die Wahl zu lassen zwischen dem Gartenabraum-Abonnement und dem Bioabfall-Abonnement. Wie stellt sich der Stadtrat zu diesem konkreten Vorschlag?
3. Entspricht die Auslastung des neuen Biogas-Kraftwerks den Erwartungen?
4. Wieviele der bisherigen 12'000 Inhaberinnen und Inhaber eines Gartenabraum-Abonnements haben ein neues Bioabfall-Abonnement gelöst? Ist der Stadtrat mit der Anzahl der Abonnementswechsel zufrieden? Was könnten die Gründe für eine allenfalls zu geringe Anzahl sein?
5. Wieviele neue Abonentinnen und Abonnenten konnten für das Bioabfall-Abonnement gewonnen werden? Ist der Stadtrat damit zufrieden?
6. Hat die städtische Liegenschaftenverwaltung für alle ihre Liegenschaften bereits ein Bioabfall-Abonnement gelöst? Wenn nein, weshalb nicht?
7. Ein hoher Preis für den biogenen Abfall ist aus ökologischen Gründen zweifelhaft. In Winterthur werden die Kosten der Grünabfuhr über die Abfallgrundgebühr gedeckt. Wie stellt sich der Stadtrat zu der Finanzierung über eine Grundgebühr? Welche anderen Finanzierungsmöglichkeiten kommen für den Stadtrat ausserdem noch in Betracht?

Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 («Wie stellt sich der Stadtrat zur Stellungnahme des Preisüberwachers zu diesem Preisaufschlag?»):

Das Bioabfall-Abo lässt sich nicht mit den Dienstleistungen des Gartenabraum-Abos vergleichen. Beim Gartenabraum-Abo war die Berechnungsgrundlage die Grundstücksfläche einer Liegenschaft – beim Bioabfall ist die Berechnungsgrundlage für das Abonnement die Containergrösse. Der Preis von Fr. 43.–, der für eine Are Grundstücksfläche galt, kann deshalb nicht mit dem Preis des kleinsten Bioabfallcontainers verglichen werden.

Einige Kundinnen und Kunden nehmen einen erheblichen Preisanstieg für eine «ähnliche Leistung» wahr. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Preise seit über zehn Jahren nicht erhöht wurden. Auch beim Gartenabraum-Abo gab es Kundinnen und Kunden, die mehrere hundert, ja sogar tausend Franken Jahresgebühr bezahlen mussten. Diese fahren mit dem heutigen Abonnement kostengünstiger. Es liegt ein Systemwechsel vor, weshalb nicht von einem generellen Preisaufschlag gesprochen werden kann.

Die Abschlüsse von Bioabfall-Abos sind erfreulich hoch: Währenddem früher rund 12 500 Gartenabraum-Abos bestanden, wurden bis Ende Juli 2013 knapp 13 800 Bioabfall-Abos

gelöst. Die Berechnungen von Abo-Mix und Sammelmengen, die die Grundlage der Kalkulationen für Sammlung, Transport und Verwertung bilden, erweisen sich als realistisch. Daraus kann geschlossen werden, dass das Bioabfall-Abo mit seinem Preis-Leistungs-Verhältnis von den ehemaligen Kundinnen und Kunden eines Gartenabraum-Abonnements akzeptiert wird. Das Bioabfall-Abo hält alle gesetzlichen und betriebswirtschaftlichen Richtlinien ein. Mit Schreiben vom 21. Juni 2013 hat dies der Preisüberwacher auch entsprechend bestätigt. Es zeigt sich somit, dass die Entscheide des Stadtrats vom 24. März 2010 und des Gemeinderats vom 5. Oktober 2010 (GR Nr. 2010/140) die Sachlage zutreffend einschätzten. Im Weiteren sind die kalkulierten Bioabfall-Abopreise mit den Entscheiden des Stadtrats vom 29. Februar 2012 und des Gemeinderats vom 6. Juni 2012 (GR Nr. 2010/421) gutgeheissen worden.

Zu Frage 2 («Der Preisüberwacher schlägt eine konsumentenfreundliche Lösung vor, die darin bestehen würde, den Haushalten die Wahl zu lassen zwischen dem Gartenabraum-Abonnement und dem Bioabfall-Abonnement. Wie stellt sich der Stadtrat zu diesem konkreten Vorschlag?»):

Das neue Angebot wurde auf Initiative des Gemeinderats ausgearbeitet und auf Antrag des Stadtrats vom Gemeinderat beschlossen. Der Vorschlag für eine separate Sammlung von pflanzlichem Gartenabfall ist aus ökologischen und ökonomischen Gründen abzulehnen: Jede Sammeltour müsste zweimal mit separaten Fahrzeugen gefahren werden. Dies wäre auch logistisch nicht umsetzbar. Für die Sammelequipen von ERZ Entsorgung + Recycling Zürich wäre nicht ersichtlich, welche Bioabfallcontainer tatsächlich mit Bioabfall gefüllt sind und welche pflanzlichen Gartenabfall enthalten. Aus diesen Gründen hat der Stadtrat entschieden, dass eine gemischte Sammlung von Bioabfall angeboten wird.

Zu Frage 3 («Entspricht die Auslastung des neuen Biogas-Kraftwerks den Erwartungen?»):

Erfahrungsgemäss dauert es mindestens drei Jahre, bis alle privaten Haushaltungen erfasst sind und diese dann auch sämtliche anfallenden Bioabfälle im Bioabfallcontainer verwerten. Dies ist auch im Businessplan der Biogas Zürich AG so vorgesehen. Deshalb ist für das neue Vergärwerk mit Biogasaufbereitung im ersten Betriebsjahr eine Auslastung von 75 bis 80 Prozent geplant. Die Vollaustattung mit 25 000 t pro Jahr soll im dritten Betriebsjahr erreicht werden können. Von Jahresbeginn 2013 bis am 31. Juli 2013 wurden rund 9600 t organische Abfälle angeliefert. Unter Berücksichtigung der jahreszeitlichen Schwankungen (Anlieferspitzen im Frühling und insbesondere im Herbst) ergibt sich daraus eine prognostizierte Jahresmenge von 18 000 bis 19 000 Jahrestonnen Bioabfall, was dem Plansoll entspricht.

Zu Frage 4 («Wieviele der bisherigen 12'000 Inhaberinnen und Inhaber eines Gartenabraum-Abonnements haben ein neues Bioabfall-Abonnement gelöst? Ist der Stadtrat mit der Anzahl der Abonnementswechsel zufrieden? Was könnten die Gründe für eine allenfalls zu geringe Anzahl sein?»):

Beim Gartenabraum-Abo wurden dazumal die Verträge pro Liegenschaft abgeschlossen. Heute bedeutet jeder Bioabfallcontainer ein Abonnement. Ein Bioabfall-Abo ist somit mit dem Bioabfallcontainer und nicht mehr mit der Liegenschaft verknüpft und kann von mehreren Liegenschaften gemeinsam genutzt werden. Aufgrund der veränderten Datenstruktur kann somit kein zuverlässiger Vergleich zwischen der Anzahl Gartenabraum-Abos und Bioabfall-Abos erfolgen. Wie erwähnt wurden bis Ende Juli 2013 knapp 13 800 Bioabfall-Abos gelöst. Dies entspricht den Erwartungen.

Zu Frage 5 («Wieviele neue Abonentinnen und Abonnenten konnten für das Bioabfall-Abonnement gewonnen werden? Ist der Stadtrat damit zufrieden?»):

Diese Frage kann aufgrund der veränderten Datenstruktur nicht zuverlässig beantwortet werden. Per Ende Juli 2013 konnten knapp 13 800 Abos abgeschlossen werden und 2384 Kundinnen und Kunden haben einen Bioabfallcontainer ohne Abonnement – sie bestellen Einzelleerungen. Die Erwartungen von ERZ bezüglich der bis jetzt abgeschlossenen Bioab-

fall-Abos wurden vollumfänglich erfüllt. Die Abfuhr von Bioabfall kann kostendeckend durchgeführt werden.

Zu Frage 6 («Hat die städtische Liegenschaftenverwaltung für alle ihre Liegenschaften bereits ein Bioabfall-Abonnement gelöst? Wenn nein, weshalb nicht?»):

Die Liegenschaftenverwaltung hat die Einführung des Bioabfall-Abos zunächst in zwei Siedlungen im Quartier Affoltern erprobt. Dabei hatte sich gezeigt, dass zur Entsorgung des Küchenabfalls nicht nur kompostierbare Säcke, sondern auch herkömmliche Einkaufs-Plastiksäcke verwendet wurden. Diese Anfangsschwierigkeiten konnten zwischenzeitlich mit einem speziell gestalteten Infolyer, der an die Haushalte verschickt worden ist, behoben werden. Bis Mitte Oktober 2013 wird die Entsorgung des Bioabfalls in allen städtischen Siedlungen eingeführt sein.

Zu Frage 7 («Ein hoher Preis für den biogenen Abfall ist aus ökologischen Gründen zweifelhaft. In Winterthur werden die Kosten der Grünabfuhr über die Abfallgrundgebühr gedeckt. Wie stellt sich der Stadtrat zu der Finanzierung über eine Grundgebühr? Welche anderen Finanzierungsmöglichkeiten kommen für den Stadtrat ausserdem noch in Betracht?»):

Die Finanzierung über eine Grundgebühr entspricht nicht dem Verursacherprinzip und der Gleichbehandlung der Stadtbevölkerung. Die Abfuhr von Bioabfall ist eine Dienstleistung, die nicht alle Haushalte oder Betriebe in Anspruch nehmen wollen. Im Sinne der Gleichbehandlung der Stadtbevölkerung wird deshalb für die Entsorgung von Bioabfall ein Abo-Preis erhoben. Mit dem Entscheid des Gemeinderats vom 6. Juni 2012 (GR Nr. 2010/421) ist diese Form der Finanzierung gutgeheissen worden. Die Anwendung des Verursacherprinzips entspricht im Übrigen auch dem Umweltschutzgesetz.

Die Dienstleistung des Bioabfall-Abos ist kosten- und verursachergerecht ausgestaltet und sie sichert langfristig die Finanzierung der Sammlung und Verwertung von Bioabfall. Das Bioabfall-Abo ermöglicht der Stadtbevölkerung, Stoffkreisläufe zu schliessen, einen aktiven Beitrag zur 2000-Watt-Gesellschaft und zur Produktion von erneuerbarer Energie zu leisten sowie auch Geld für gebührenpflichtige Kehrriechsäcke zu sparen. Die relevanten Eckpunkte wie das Verursacherprinzip, die Gleichbehandlung der Stadtbevölkerung sowie die langfristige Finanzierung sind mit dem heute gültigen Preismodell gut erfüllt. Aus diesem Grund soll nach Meinung des Stadtrats am heutigen Finanzierungsmodell festgehalten werden.

Vor dem Stadtrat

die Stadtschreiberin

Dr. Claudia Cuche-Curti